

Stadtratssitzung 12.1.2023 zu TOP 10
Änderung Bebauungsplan Nr. 18 „Gewerbegebiet An der Neumarkter Straße:
Aufstellungsbeschluss“
Persönliche Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge
nach inhaltlichen Argumenten

Die Haupt-Argumente:

- Die grundsätzliche **Bedarfs-Frage** „Brauchen wir überhaupt ein weiteres Gewerbegebiet?“ (angesichts noch freier Gewerbeflächen an anderen Stellen) stellten nur die Grünen – und eigentlich beantwortete sie Ernst Bergmann (SPD) mit seiner klaren Aussage zum wiedergefundenen uralten Plan: „Heute würde da niemand einen Bebauungsplan machen.“
- Der Nutzen wurde vor allem in den finanziellen **Einnahmen** (Grundstücksgeschäft + Gewerbesteuern) gesehen, die durch Ansiedlung neuer und Halten bestehender Betriebe erhofft werden. Solche Einnahmen seien notwendig für verpflichtende oder geforderte Ausgaben – und mit Naturschutz nicht zu bekommen, wie Peter Wack diese Sichtweise ausdrückte: „Geld wächst nicht auf Bäumen und Büschen“. Und selbst der Umgang mit Klimawandel-Folgen müsse finanziert werden, begründete der parteilose Christian Lamprecht.
Dem hielt Anni Blüml (Grüne) entgegen: „Die wichtigste Form, dem Klimawandel zu begegnen, ist Klimaschutz!“ Was für sie klar bedeutet, die Flächen so zu belassen. Sie verwies außerdem auf andere Einnahme-Quellen (wie noch freie Gewerbeflächen, Gewinn aus PV-Anlagen...)
Die Möglichkeit, örtlichen Betrieben draußen ein Vergrößerungsangebot zu machen, zählte für die FW/UNA dabei positiv, während Anni Blüml an die Einschätzung von Fachleuten erinnerte, dass gerade in der Durchmischung (Wohnbebauung mit Gewerbe) in der Innenstadt von Altdorf ein hoher Wert liege, der unbedingt erhalten werden sollte – auch zum Erhalt der Läden dort.
- Zweites großes Argument war die Möglichkeit eines „**Versorgungszentrum**“. **Verkehrsmäßig** erhoffen sich vom Umzug bestehender Supermärkte vom Westen in den Osten der Stadt SPD, FW/UNA und Christian Lamprecht eine Entlastung der Riegerkreuzung. Dafür sieht Anni Blüml wenig Chancen, da u.a. allein der Lieferverkehr (wegen der LKW-Sperrung von Gnadenberg) nur über den Westen, also die Riegerkreuzung laufen könne.
Für die Bevölkerung im Osten (incl. östliche Dörfer) werden von FW/UNA und Christian Lamprecht kürzere Einkaufswege als Vorteil gesehen, auch gegen einen mehrfach beschriebenen „Einkaufstourismus“ in Nachbarorte.

Demgegenüber befürchtet Anni Blüml, dass mit Abwandern bestimmter Supermärkte im Westen auch der Anziehungspunkt für Bewohner*innen der westlichen Nachbarorte wegfallen würde, die bisher so auch in die Altdorfer Innenstadt gelockt werden.

Als Korrektur eines vor längerem einmal festgestellten **Kaufkraftabfluss** aus Altdorf erwarten Freie Wähler und Christian Lamprecht durch neue Läden im Osten, dass dadurch mehr Kaufkraft in Altdorf bleibe. Eckart Paetzold bezweifelte das: „Ein Abfluss von Kaufkraft liegt nicht daran, ob ALDI im Westen oder im Osten liegt, sondern dass bestimmte Läden in Altdorf fehlen.“

Auf vielleicht hinter allen sachlichen Argumenten liegende emotionale Motivationen und Grundhaltungen verweist der Traum von Thomas Dietz von einem neueren Supermarkt mit einem „Einkaufserlebnis, das mehr **Spaß** macht“...

- **Umweltschutz** schien für Christian Lamprecht und die FW/UNA beim Argument wichtig, dass die Stadt als Grundstückbesitzerin hier ökologische Vorgaben machen könne – wenn das wirklich umgesetzt würde. (Christian Lamprecht machte das sogar zur Bedingung seiner Zustimmung.) Ralf Schabik erklärte dagegen das ökologische Problem der Flächenversiegelung kurzerhand zum „Gerücht“, weil es so etwas bei modernen Gewerbegebieten gar nicht mehr gäbe. Und sein Fraktionskollegen Wack misst den Wert Bäume und Büsche ja an ihrer unmittelbaren finanziellen Verwertbarkeit...

Es bleibt zu hoffen, dass vielleicht doch noch die Einsicht wächst, dass Geld zwar nicht auf Bäumen wächst, dass aber ohne Bäume auch die Wirtschaft an den Folgen des Klimawandels hängen bleiben wird, denn Überschwemmungen und Dürresommer zerstören auch wirtschaftliche Möglichkeiten...und dann wird uns immer mehr der kurzfristige Spaß ausgehen...

Zum Verfahren und Umgangsweisen

- Fast alle (außer den Grünen) versuchten, die Bedeutung der anstehenden Entscheidung kleinzureden: Es werde „nichts Neues“ und „nichts final entschieden“, es gehe nur um Verbesserungen des alten Plans – komisch nur, dass der Bürgermeister gleichzeitig davon sprach, er hätte bei der Bürgerversammlung eine „Hiobsbotschaft“ zu verkünden gehabt ?!
- Wer für diese Entscheidung verantwortlich ist, wurde ganz unterschiedlich gesehen: Der Bürgermeister betonte mehrfach, dass „ein demokratisch legitimierte Gremium“ entscheide (wohl gegen Ansprüche an eine stärkere

Bürgerbeteiligung?). Andererseits wurde die Verantwortung vom Stadtrat eher weggeschoben: „Ich habe das nicht erfunden“ (Martin Tabor), „Wir wurden gezwungen, einen alten Bebauungsplan umzusetzen“ (Ernst Bergmann), „Über das Versorgungszentrum entscheidet die Regierung.“(Thomas Dietz)

Zur Lösung von Spaltungstendenzen im Stadtrat schlug Ernst Bergmann (SPD) einen Bürgerentscheid zu dieser umstrittenen Frage vor, dem die FW/UNA zumindest als Möglichkeit zustimmten, die Grünen ganz überzeugt. Anni Blüml: „Dann kann man sorgfältig abwägen mit den Bürgern.“ Ihr interessierter Umgang mit Äußerungen von Bürgern zeigte sie übrigens auch schon in dieser Sitzung, für die sie Gedanken aus der Bevölkerung gesammelt hatte, die einige interessante Argumente ergänzen konnten.

- Einen großen Raum bei der inhaltlichen Argumentation nahm die Ansiedelung eines „Versorgungszentrums“ ein – obwohl anfangs gerade dazu betont wurde, dass das ja keineswegs sicher und ganz von der Regierung abhängig sei. Anni Blüml kritisierte daran, dass für viele eine nähere Einkaufsmöglichkeit das lockende Argument für dieses Gewerbegebiet sei – das aber eben auch wegfallen könne und damit die Zustimmung zum ganzen Projekt.
- Für die Begegnung zwischen verschiedenen Sichtweisen sah Ernst Bergmann „Grabenkämpfe“. Dazu passten einige Äußerungen von Vertretern der FW/UNA und ganz deutlich des Bürgermeisters in seinem Einstieg, die Andersdenkende einmal als „Gegenmannschaft“ bezeichneten und ihnen einiges vorhielten: Falschinformation, Unglaubwürdigkeit, unsachliche Angriffe und Aufhetzen gegen demokratische Institutionen. Diese Diffamierung Andersdenkender blieb einseitig.
- Andererseits gab es durchaus Ansätze für Verständigung: Martin Tabor, Thomas Dietz und Thomas Cramer äußerten Verständnis für verschiedene Sichtweisen und Bedenken und bei FW/UNA, Grünen und Christian Lamprecht war die Rede vom Abwägen, was ja das Anerkennen verschiedener Werte voraussetzt.

Es bleibt zu wünschen, dass eine Verständigung und ein transparentes Abwägen verschiedener Werte doch noch eine gute Entscheidung möglich machen!